

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Verstreuung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Ausgabe und Expedition: Berlin W 57
Winterfeldstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmar)
Fernsprecher Amt Lüttich Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags - Preis pro Ausgabe
vierfachjährlich durch die Post (ohne Belehrung) 2 Mark
Postzettelnummer Nr. 3164

Verschleppung der preußischen Wahlrechtsvorlage.

Das Dreiklassenparlament hat sich wieder auf fast vier Wochen verlegt und seine Wahlrechtskommission, deren Mehrheit sich ohnehin redlich Mühe gibt, recht viel Zeit mit wirklich überflüssigen, nur sehr, sehr entfernt mit dem Behandlungsgegenstand zusammenhängenden Reden zu zubringen, ging auch wieder mal in die Ferien, bis zum 11. April. Dann soll die, wie man sich denken kann, überaus erwartende „Beratung“ so „bedeckt“ werden, daß vor Pfingsten die zweite und dritte Sitzung im Plenum beendet sein kann. Zu die Pfingstferien sollen die 21 Tage Wartezeit fallen, die von dem Staatsgrundgesetz für die nach der genannten Frist zu wiederholende Abstimmung über Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Sodann ist es anfangs Juni geworden — nun erhält erst das „Herrenhaus“ die Wahlrechtsvorlage zur „längstmöglichen Behandlung“. Man musskt davon, das Herrenhaus würde sich selbst durch eine tropische Juni-Augusthitze nicht abhalten lassen, die Gesetzesvorschläge überform des Landtagswahlrechts, Änderung des Herrenhauses, Änderung des Stadtrechts des Landtages, „recht pflichtlich zu beraten“ und sie deshalb einer Danach kommission überweisen. Diese würde „wahrcheinlich“ im Oktober vielleicht auch im November oder erst im Dezember die ungewöhnlich schwierige Materie bewältigt haben — die Landtagskommission „berät“ ja nicht auch schon bald ein Vierteljahr! — und da das Plenum die abändernden Kommissionsanträge mit heißt, gingen die Gebelektwürfe verfassungsgemäß zu einer Beratung an den Landtag zurück, wo natürlich die beißiglos pflichtstreifigen Landboten sich wieder gründlich in die Beratung vertiefen würden. Wieder wäre mit Abänderungen zu redmen, wieder wandern die Entwürfe in das Herrenhaus — übrigens kein weiter Weg, gleich das Haus nebenan — und wenn die preußischen Lords es für gut befinden, muß der Landtag nach der vorgeordneten Zeit ebenfalls über Abänderungen „beraten“. Und so weiter mit Prozeß. Hat sich die Regierung auch daran eingerichtet, in dem sie dem Landtag vorbildlich, seine ordentliche Lebensdauer um ein Jahr zu verlängern?

Zu der Tat geht die Stattulation der Junfer und Junfern, sonst dahin, durch eine Verschleppung der Gesetzesvorlage zunächst einmal Zeit zu gewinnen. Man weiß nicht, was sich in dieser an Ueberraufungen so reichen Kriegszeit alles noch ereignet hat, und „so Gott will“ wendet sich alles noch zum Besten der Echt Preußen. Es ist nicht zu entnehmen, daß sich die Regierung, wenn sie sich nur auf dem autoritären Boden, wie er jetzt beschaffen ist, hält, in der recht schwierigen Lage befindet. 143 Mitglieder zählt der Landtag. Die 133 monarchistischen, die meisten der 53 konservativen und mindestens 50 der 71 Nationalliberalen sind prinzipielle Gegner des gleichen Wahlrechts. Da schon 222 verboten die Mehrheit des Hauses bilden, besteht hier

eine große Mehrheit gegen die Regierungsvorlage, zumal auch von den 101 Zentrumsabgeordneten mindestens ein Dutzend am liebsten offen mit den monarchistischen gingen. Um einen Rechtsfertigungsgrund für die erwarteten Umfälle zu haben, hat das Zentrum einen Antrag eingereicht, der für Verfassungsänderungen, die auf dem Gebiete der Kulturpolitik liegen (konfessionelle Schule usw.), künftig eine Zweidrittelmehrheit vorzubreiten will. Der Antrag ist zwar in der Kommission abgelehnt, damit aber noch keineswegs erledigt. Das Zentrum will jenen seiner Vertreter, die prinzipiell gegen die Wahlrechtsgleichheit sind, eine Rückdeckung verschaffen und gefährdet damit das Zustandekommen der Wahlreform noch mehr.

Ist aber die Reform durch das Abgeordnetenhaus bugsiert — noch ist das so unsicher, daß wir Vertrauen festsetzen dringlich warnen müssen! —, dann tritt das „Haus der Herren“ auf den Plan. Es ist nicht nur für den vorliegenden Fall, sondern allgemein interessant, unseren Lesern zu zeigen, was an „Parlementen“ im 20. Jahrhundert noch möglich ist. Es sei deshalb die gegenwärtige Zusammensetzung des Preußischen Herrenhauses nach dem jüngsten Bericht seiner „Matrikelkommission“ anzuführen. Die erlaubte und hochdeale Matrieldicke ist sich wie folgt zusammengestellt: 117 erblich Berechtigte (Prinzen, Fürsten, vormalige „reichsfürstliche Häuser“ u. dergl.), 180 Lehenstünderlich Berechtigte (vorwiegend Hochadel, Patrizier, Adelkommisssionärsbesitzer, nur 51 Städtevertreter), im ganzen Berechtigte 302, wovon 52 „Berechtigte ruhen“, so daß gegenwärtig 250 Stimmenabgeber vorhanden sind. Von ihnen gehören mindestens 250 dem „Stand“ der Prinzen, Herzöge, Fürsten, Grafen, Barone, Freiherren an, die im hochförmten Milieu aufgewachsen sind und darin leben. Die Besonders ist des wadern Großen Hof von Potsdam, der ganz Preußen als seinen Gütsbezirk ansieht, ist im Herrenhaus erdrückend groß. Soll im Hause ihrer unerbittlichen Runde der verfassungsgemäß gestattete Peerschub wirtlich eintreten, dann dürften ein paar hundert neue Peers „freiert“ werden müssen, anders erhält die Regierung für ihr Verlangen dort keine Mehrheit. Beabsichtigt die Regierung diesen Verlust? In den Junfernkreisen glaubt man daran nicht, wofür allerhand „gestügelte Werte“ angegeben wären.

Warum wird die schon in der Österbotthafft 1917 und in dem von den Wahlrechtsfeinden als „Erschließtal des Bethmann Hollweg“ deklarierten königlichen Erlass vom 11. Juli 1917 als notwendig und dringend bezeichnete Wahlreform nun ja aufzugeben? Die Minister Friedberg und Trebitsch haben sich unweidig und entschieden für die Wahlrechtsreform ausgesprochen. Der Reichslandgraf Herzog Friedrich hat sein Ehrenwort für die Reform ver-

pfändet, sein Stellvertreter v. Paher hat die Realisierung der Wahlrechtsreform als „bold“ bevorstehend bezeichnet. Dennoch geht die systematische Verschleppung weiter! Woraus hoffen die Wahlrechtsfeinde eigentlich? Sie wissen recht gut, daß, wenn die Regierung „alle verfassungsmäßigen Mittel bis zu ihrer Erreichung“ anwendet, ihr Wahlrechtsreformvorladung verwirkt wird. Dazu braucht sie nicht einmal „bis zur Erreichung“ zu gehen, denn hinter ihr steht in diesem Maße die ungeheure Volksmehrheit, die mit der Handvoll Junker und Junkergenossen leicht fertig würde. Trotz alledem beharren sie in ihrer hartnäckigen Arroganz. Warum, weshalb, wenn sie sicher wußten, daß die Regierung unter keinen Umständen von ihrem Vorladung ablässt? Wüßten sie das, dann wüßten sie auch, daß ihr Widerstand nutlos ist und seine Verlängerung den Parteien der Wahlrechtsfeinde nur immer mehr dem Volkszorn bei den künftigen Landtags- und Reichstagswahlen austisert. Wenn die Verfechter der Wahlrechtsreform aber nicht auf ein Zurückweichen der Regierung hoffen,

dann rechnen sie wohl auf das Volk, den großen Vömmel, auf das Erlahmende Interesse des Volkes an der demokratischen Lösung der Wahlrechtsfrage!?

Es ist nicht ausgeschlossen, daß die Wahlrechtsfeinde auf die Zermürbung des Volksinteresses rechnen und deshalb versprechen: „Zeit gewonnen, alles oder doch vieles gewonnen“. Die Gewerkschaften sind aber so außerordentlich an dem Abbau der preußischen Junker- und Scharmützelpolitik interessiert, daß sie nicht zu oft den Kollegen und Kolleginnen rufen können: Von der preußischen Wahlrechtsreform hängt außerordentlich viel für die deutsche Sozialgeschichte, namentlich für die rechtliche Stellung der Gewerkschaften ab! Ist die bisherige Verschleppung dieser Reform schon eine Verhöhnung der Arbeiterschaft, das Bereiteln der Reform kann von den Gewerkschaften nicht ruhig hingenommen werden!

Mißstände im Proviantamt Breslau.

Von den Zentralstellen des Reiches ist wiederholt darauf hingewiesen worden, daß Lohnarzte einzuhalten seien. Für das Schneidergewerbe hat das Kriegsministerium auch gesorgt, daß die privaten Unternehmer Tariflohn bezahlt mindestens. Leider scheint der Einfluß des Kriegsministeriums auf seine eigenen Betriebsstellen nicht überall groß genug zu sein, um den vorbeschagten Grundsatz durchzuführen. Das heisse Proviamt stellte seinerzeit Handwerker, wie Sautler usw., ein, durch Zusatze in der Preise wurden ausdrücklich Sautler, Tüdler usw. genannt. Den entgegneten Handwerkern gab man dann Arbeitserlohn. Von der Einstellung bis heute sind überall die Löhne gestiegen und es besteht höchstens ein wesentlicher Unterschied gegen früher. Die in diesen Betrieb beschäftigten Handwerker halten es für selbstverständlich, daß ein militärischer Betrieb nicht wesentlich unter Tarif bezahlten Löhne und stellen durch den Arbeiterausschuß einen entsprechenden Antrag. Ein schriftlicher Bescheid wurde nicht gegeben. Der Arbeitserlohn blieb für die Handwerker weiter bestehen. Eine Beschwerde unseres Verbandes hatte zur Folge, daß die Intendantur eine allgemeine Erhöhung des Lohnes ablehnte, aber für die Handwerker schrieb: „Werden handwerksmäßig ausgebildete Arbeiter an Stelle von Handwerkern mit handwerksmäßigen Arbeiten beschäftigt, so kann ihnen vom Proviamt ein Beitrag von 54 Pf. für die Stunde fiktiv zugestellt werden.“

Der Arbeiterausschuß berief sich auf diesen Bescheid, der Vertreter des Amtes im Ausschuß machte aber Bemerkungen, die recht deutlich zeigen, daß der Herr ein persönlicher Feind guter Löhne sein muß und ebenso der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiter. Im Zwischenbezieht er sich als Arbeiterschätzter. Sein Gehalt erhält er dann von den katholischen Fachabteilungen, die selbst von den drei christlichen Gewerkschaften als Interessenvertretungen der Arbeiter abgelehnt werden.

Die Handwerker des Proviants können also noch dem Willen der höheren Behörden mehr Lohn erhalten. Die Bewilligung des Amtes verweigert ihnen denselben. Das zeigt doch unzweckmäßig einen erheblichen Mangel an gutem Willen. Gleichzeitig läßt es Schluß zu auf die Einschätzungen, die das Amt seinerzeit angeblich aus sozialen Gründen vornahm. Das Verhalten des Amtes berechtigt aber weiter, daß die Beidäftigten desselben notwendig die Organisation brauchen. Niemand weiß, was die Zukunft noch bringen kann und ob dann die Behandlung der Handwerker nicht auch auf die anderen Arbeiter ausgedehnt wird.

An dieser Stelle müssen wir auch einmal zu dem Benehmen des Aufsehers Wende, Major zu Kronprinz, Stellung nehmen. Nach seinem Verhalten muß man geradezu zweifeln, daß er in den Arbeiterinnen Wissenden steht. Unsere Ortsverwaltung glaubte seine Übergriffe dadurch zu besiegen, daß sie an das Amt entsprechende Beschwerden richtete. Herr Wende machte aber die Entscheidungen des Amtes dadurch schwer, daß er wahre Tatsachen abstreite. Deshalb wurde vom Amt ausdrücklich gefordert, wenn W. bestimmte Behauptungen abstreitet, er sich beleidigt fühlen und unsere Ortsverwaltung erläggen soll. Das ist nicht geschehen. Dennoch bleibt nur der Verantwortliche stottern. Wende ist in der

Breslauer Arbeiterbevölkerung wegen seines allzu wenig einwandfreien Benehmens schon gut bekannt. Männer wie Frauen, die nicht im Proviamt beschäftigt sind, haben ihm wegen seines Benehmens keinen Arbeitserlohn gegenüber Dinge gesagt, die jeden anderen veranlassen würden, sich zu ändern oder sein Stehen aufzugeben. Wende scheint dies aber gar nicht zu berücksichtigen. Wenn er dies nicht eingerichtet und W. sein Benehmen fortsetzt, so müßte angenommen werden, daß es damit einverstanden ist, daß die Männer für das Vaterland ihr Leben lassen können und ihre Frauen schlecht behandelt werden.

Die beschäftigten Frauen sind an solchen Zuständen auch nicht mit schuld. Der Indifferenzismus macht es den Vorgesetzten leicht, sich geben zu lassen. Beide sind aber viele Frauen unorganisiert. Viele können daraus überhaupt keine Erklärung geben. Leider sind manche Frauen noch in dem irrümlichen Glauben, daß sie durch Viehhandel ihre Lage verbessern können.

Dafür finden wir in einem anderen Amt ein recht treffendes Beispiel in einer Postarbeiterin Willm. Saadig schreibt sie danach, wann die unterschiedlichen Vorgesetzten ihre Gewerkschaften haben. Dann veranlaßt sie ihre Mitarbeiter zum Geldgeben, um den Vorgesetzten ein Bleidient laufen zu können. Natürlich will sie damit brillieren. Niedergangs hat sie bei einem der Herren herausgefunden, daß ihm unter der Uniform eine Uhr fehlt. Dreizehn erklärt sie ihren Mitarbeitern, 20 und 50 Pf. werden nicht angenommen, es muß mindestens 1 M. sein. Wer es nicht bezahlt, soll schon sehen. Man sieht, sie treibt ihren Terrorismus. Dagegen nimmt sie bei anderen Belegschaften, wie siebleibt es sie geht. Denkende Arbeiterrinnen sollten einem so widerlichen Treiben entgegentreten. Wenn Frau W. glaubt, sich durch derartige Maßnahmen bei den Vorgesetzten einzudringen, dann soll sie dies aus ihrer eigenen Kosten tun, ihre Mitarbeiterinnen aber damit verschonen. Wenn diese Notiz nicht hilft, dann wird die Bewillung des Amts eingreifen müssen, um ihr ihre Sammelkout anzutreiben.

Der beste Schutz gegen solche und andere Unzuträglichkeiten ist die Organisation. Viele Sorgen wären unmöglich, wenn alle Arbeiterrinnen organisiert wären. Wer es nicht ist, hole es bald nach!

Monatsbericht vom Krieg

Das Weltkriegsgebüd hat im März eine gewaltige Wendung erfahren. Am 8. Februar kam am 3. März 1918 endlich der Friedensvertrag mit Groß-Rußland zustande, nachdem die Ukraine wenige Tage vorher den Anfang gemacht hatte. Und nun auch noch Finnland und ganzes Rumänien den Frieden begetreten, so daß jetzt die ganze Front in Russland seine Lönne, wenn nicht in der Ukraine, so in Finnland befindet. Aktionen gegen die Polnische Armee gegen die „rote Armee“ zu lange wären, über deren Verlauf machende Berichte gibt, und vorliegen, die aber im Verhältnis zum Viergegner nur auf zwei zugelängt und kommen.

Unter jüher Vorjoh in Nordrussland, (Estland, Livland) hatte noch ungeborene Gefangene und Kriegsgefangene aufzuweisen. Nun werden wohl viele dieser Gefangenen bald wieder zum Ausdruck gelangen, was schließlich auch das Beste ist.

Am 15. März ist dann der deutsch-russische Friedensvertrag vom Sovjet mit 724 gegen 274 Stimmen ratifiziert worden. Alle Gedanken zum Krieg hält sich die Lenin-Negierung auch weiterhin. Anscheinend — so versichert wenigstens Petrov (der russische Russlandvertreter in Berlin) — geht sogar eine weitere Erwartung der Bolschewiki vor sich und die inneren Schwierigkeiten mindern sich.

An der Westfront aber tobte seit dem 21. März 1918 die gewaltige Schlacht alter Zeiten. Alle großen Offensiven des Feindes sind in den Schatten gestellt durch die deutsche Durchbruchsoffensive, die in den ersten drei Tagen in einer Breite von reichlich 80 Kilometern zwischen Cambrai und La Fère gewaltige Fortschritte machte, die drei feindlichen Stellungen durchbrach und den jahrelangen Stellungskrieg zum Bewegungskrieg umformte. Diese drei ersten Schlachtage brachten bereits 50.000 Gefangene, 600 Geschütze sowie ungemeine Beute an Kriegsmaterial und Proviant. Auch die weiteren Kampftage brachten für die deutschen Truppen enorme Fortschritte. Am Süden an der Oise wurde Mohon erreicht, im Südwesten Montdidier, der wichtigste Eisenbahnhofpunkt; im Westen von St. Quentin aber sind unsere Truppen über 60 Kilometer vorgedrungen und stehen 10 bis 15 Kilometer vor der wichtigsten englischen Kriegszentrale Amiens. Weitere nördlich ist Albert, ein wichtiger Waffenplatz, genommen.

Hat sich auch das Tempo des Fortschritts in den letzten Märztagen etwas verlangsamt, so ist doch der Widerstand der englisch-französischen Hären noch immer nicht stark genug, dem weiteren Vordringen Einhalt zu tun. Über 75.000 Gefangene, 1100 Geschütze, ungezähltes Kriegsmaterial fielen bis dahin in unsere Hände.

Dieser Schlag ist zwar noch nicht die Entscheidung, aber die Einleitung dazu! Die Furchtlosigkeit des Kriegs ist schier unvorstellbar, und auch das französische Hinterland bekommt in verstärktem Maße die Schrecken des Krieges zu spüren. Während die Franzosen mit Ferngeschützen auf Lyon feuern, wo die französische Zivilbevölkerung zahlreiche Opfer liefert, ist in Paris zuletzt eine förmliche Panik ausgebrochen, da es aus circa 120

Kilometer Entfernung mit deutschen Flugzeugen bombardiert wird.

Der U-Boot-Krieg brachte im Februar wieder 60.000 Tonnen Verlustung, seit 1. Februar 1917 insgesamt 10.27 Millionen Tonnen, seit Kriegsbeginn sogar 13.1 Millionen, davon 9.4 englische. Das zu erreichen durch Neubauten oder Beschaffnahme britisches, schwedisches oder sonstiger neutraler Schiffe, wie es jetzt versucht wird, erscheint unmöglich. So steigt das Hungergepeinst, mit dem die Zivilbevölkerung Deutschlands seit Jahren friedfertig gemacht werden sollte, am englischen Horizont immer bedrohlicher.

Gemessen an den kriegerischen Vorgängen im Westen, sind die politischen Vorgänge im März weniger beweitend wert. Die Reden der feindlichen Staatsmänner erscheinen sich in Wiederholungen. Interessant ist allerdings die Meldung des Grafen Czernin, daß Frankreich jetzt vor unserer großen Westoffensive an Österreich eine Friedensanfrage gestellt hat. Als dann Österreich im Einvernehmen mit Deutschland bestandte, daß dem sofortigen Frieden nichts entgegenstehe als der französische Verzicht auf Elsaß-Lothringen, habe Clemenceau (der französische Ministerpräsident) die Verhandlungen abgebrochen! So nahe stand man dem Frieden und so unverhüllt halten die Franzosen auch in dieser verzweifelten Lage an ihrem „Kriegsziel“ fest.

Der Einmarsch japanischer Truppen in Sibirien ist noch mehrfacher Ankündigung noch immer nicht erfolgt, da Amerika nicht mitmachen will. Nebenbei muß sich Amerika etwas mehr beeilen, wenn es noch eine wirkliche militärische Hilfe für die Entente werden will, denn die Vorgänge im Westen reißen schnell zu weittragenden Entscheidungen.

Neber Kriegsschlud und Kriegsausbruch haben die Entwicklungen des Fürsten Lichnowsky einige neue Aufschlüsse gebracht. Andererseits ändert das nichts an der Tatsache der vollen Verantwortung der Ententemächte an der Kriegsverlängerung. Angesichts der furchtbaren Vorgänge im Westen ist die Ausfajung in weiten Kreisen vorhanden; wenn der Verständigungskrieg so andauernd von den Westmächten abgelehnt wird, bleibt eben keine Möglichkeit, als den Frieden durch die Waffen zu erzwingen. Möge dies so bald wie möglich gelingen, damit das Friedenswerk für Kultur und Geistigkeit mit verstärkten Kräften wieder aufgenommen werden kann.

In Mazedonien!

Unser Kollege W. Lippert-Hauptbüro hat nun bereits eine Monatige, überaus mannigfaltige Kriegstatigkeit hinter sich. Im nachfolgenden schildert er in anschaulicher und interessanter Darstellung Reise und Aufenthalt in Mazedonien. Möge ihm wie allen in Freude befindlichen Kollegen der Friedenssterke recht bald sichtbar werden, nachdem wir alle so lebhaft Ausblick halten! D. Red.

Dauernd g. v. Feld“ lautete das Urteil der Generalmustergesellschaft für mich im November 1917. Nun war wieder einmal guter Platz teuer.

Zwei russische und einen ostpreußischen Winter hatte ich als Kriegsteilnehmer hinter mir, der vierte hatte seine Billetskarte bereits gleich nach Neujahr in Ostpreußen abgegeben. Ich befahl, mich keiner strengen Herrschaft nicht zu unterwerfen und entschuldigte mich, da sich günstige Gelegenheit bot, diesmal kurzerhand „für den Süden“. Zum 5. Mai hieß es im meinem abwehlungsreichen Kriegsknechtleben — paden. Kurz und schmerlos war der Abschied von neugewonnenen Freunden, die alte Kameradschaft des Regiments „v. Hindenburg“ war im neuen Wirkungskreis nie vorhanden gewesen.

Der Schneesturm, der Mitte Januar über Ostpreußen blau mit Stärke 10—12 dämmerte, machte mir das Scheiden noch leichter, zog ich doch nach „dem vielgepreisten Süden“. Es war, als wollte es mich nicht fortlassen aus den ungastlichen Gesilden ostpreußischen Herrentums. Das Dampfschiff erwies sich als stärker und ging aus dem Kampf mit Schnee und Sturm, unter zeitweiligem 4—5stündigen Berghaufen — allerdings mit 16stündigem Verhältnis —, auf der Strecke Königsberg—Berlin, als Sieger hervor.

Auch Berlin lag im Schnee begraben. — Nach kurzem Aufenthalt an der Stätte ehemaligen Wirkens und Schaffens weiter über Dresden nach Pirna. Schon wenige Kilometer hinter Berlin war der Vormarsch des „Generals Winter“ zum Stehen gekommen. Grün glänzende Winterstaaten im gemäßigten Sachsen und ein tiefdunkles Abendrot verprach „Schön Wetter“. Es hielt Wort bis zum Endziel meiner Fahrt.

In Pirna gab es 24stündigen Aufenthalt, Einquartierung im unheimbaren Gewerkschaftshaus mit seinem grobhartigen von deutscher Arbeiterschaftsorganisation zeugenden Saal. Welche Gedanken mein Gehirn durchkreuzten, als ich in der Gaststube die Adressen der im Dreiecksverbanden befindlichen Gewerkschaften und ihrer Betriebsräte und der Betriebsorganisation las, erlaßt es mir zu schreiben. — Angenehm über-

rascht war ich am Morgen des nächsten Tages, als ich neben dem unheimbaren Gebäude eine solid ausgestattete Verkaufsstelle des Stummvereins und rechts eine Verkaufsstelle des Arbeiter-Kodaher-bundes Solidarität entdeckte. — Welch ein Kontrast gegenüber Ostpreußen!

Der Abend des nächsten Tages sah mich vor den Toren Wiens „Märzstürme“ gingen durchs Böhmerland, Österreich und Ungarn. Die bedächtige Fahrunterbrechung in Wien und Budapest mußte aus diesem Grunde ausfallen.

Herrlich war die Fahrt durch Ungarn. Lochender Sonnenschein — dunkelblauer Sommerhimmel. Vorbei an Schmieden, weißgetünchten Bauernhäusern, großen Dörfern, gepflagten Wiesen und Äckern, ausgedehnten Weinbergen und unübersehbaren Weisfeldern. Bald umringt mich die lagenhohen Büsche und in östlicher Richtung, beleuchtet von der im Westen stehenden Sonne, grünen von der rumänischen Grenze die Transsilvanischen Alpen.

Bei der Station „Zur Ferdinand“ nahm ein großer Teil meiner Mitreisenden von mir Abschied, sie fuhren durch Bulgarien nach Konstantinopel ins „gelobte Land“. Ich erhielt telegraphische Order nach D. über Nißh-Ueskü—Gradsko—Hudova.

Noch summte mir der Kopf etwas vom genossenen Ungar, als die Lokomotive hinter Belgrad sich pulsend und schnaufend den Weg ins Gebirge durchs Land der Serben bahnte. Läßt mich mein Urteil über die Qualität dieses Landes mit den Worten des „Eisernen Kanzlers“, die jener einmal, wenn ich nicht irre, auch anlässlich einer drohenden Balkanwinters gebrauchte, zusammenfassen: „Es ist nicht die Knochen eines einzigen pommerischen Grenadiers wert.“

Wohin kann sich der Naturfreund herauschenken an der Szenerie, die vom Bahnhofster aus gesehen von Minute zu Minute wechselt, am wildromantischen Bardatal, am Bardar selbst, der seine tiefrunningen Wogen zwischen himmelanstrebenden Felsen rauschend durchs „Eiserne Tor“ zwängt, bevor er in gemäßiglicher Fahrt durch die Ebene den Golf von Saloniki gewinnt.

Höher und höher ging's, kälter und kälter wurde es. Die Posten einer zweiten Armee des „Generals Winter“ lugten von schneebewehrten Berggipfeln ins Land.

Erf nach Passieren des „Eisernen Tores“, der Wasserseite, der ehemaligen Grenze des alten Türkentreiches, wurde es wieder „züglicher“.

Bereits ab Veles hatten Einwohnerdörfer — wenn man die zerfallenen Steinhäuser als solche bezeichnen darf —, die gleich

◆ Aus den Gemeinden ◆

Besirkskonferenzen und Wohnungsnat. Die allgemeine Erfahrung zeigt, daß gegen die drohende Wohnungsnat ein kräftiger Kampf eröffnet werden muß, hat sich jetzt ja in ziemlich beträchtlichem Grade durchgesetzt; nun gilt es, die Bemühungen durch praktische Maßnahmen zu organisieren. Hierzu wird es aber ratsam sein, daß innerhalb der einzelnen Bezirke die Vertreter des verantwortlichen in Auge kommenden Stellen, insbesondere der Gemeinden und der Staatsbehörden, voneinander vereinigt zu gemeinsamen Beratungen zusammenzutreffen. Ein solcher Meinungsaustausch wird am besten die richtigen Wege der Vorbereitung und Aktion finden lassen, außerdem wird oft ein gemeinsames Vorgehen unumgänglich sein. Schon hat Ende März im Berliner Rathause eine solche Zusammenkunft Gross-Berliner Gemeindevertreter stattgefunden und für den wirtschaftlichen Industriebezirk hat die wissenschaftliche Vereinigung für Kleinwohnungsweisen auf den 18. und 19. April eine Konferenz von kommunalbeamten, Landräten usw. zur Erarbeitung der dringlichsten Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnat einberufen. Auch die nächsten Aufgaben aus dem preußischen Wohnungsgesetz sollen dabei beraten werden, ebenso wie sich auch die Gross-Berliner Zusammenkunft mit diesem Gegenstand beschäftigte. Es wäre wünschenswert, daß diese Beispiele recht bald allgemeine Nachahmung finden.

◆ Aus den Stadtparlamenten ◆

Görlitz i. S. Der Oberstaatsrat hat in seiner Sitzung vom 20. März eine weitere Rundzulage von 25 Pr. täglich für die höheren Beamten beschlossen. Dieses wird jedoch erst für das zweite und jedes weitere Jahr gezahlt. Die kleinen Männer und Frauen sind jedoch diese Regelung als völlig unzureichend, woselbst die Gemeinderäte nach ihrer Diskussion beklagen. Diese Regelung wird als eine ungültige zu betrachten, es soll vielmehr demnächst eine weitere erfolgen.

Offenbach a. M. In der Stadtoberordnungssitzung vom 27. März wurde auch die Tenuenzugaben verbündelt. Der Verwaltungsrat, Ratsmann und sozialer Rat auf, daß die Stadt verordnungswidrig, eben wiederholte sich mit Tenuenzugaben für die Arbeiter und Angestellten des Stadts bedienten habe. Weil es im Jahre 1915 kein Zulage für die Arbeiter und Angestellten mit Entfernung bis zu 2000 Pr. gegeben wurde. Am Jahre 1916 seien die Zulagen erhöht worden, dann noch einmal im Jahre 1917, und schließlich im Jahre

Schwalbennestern an den Bergwänden lebten, stark orientalischen Einschlag. Man ist hier auch bereits vom Pferd auf den — Esel gekommen. Bruder Langohr ist das einzige Verkehrsmittel, große schwarze, büffelartige Ochsen mit rücken hörnern verläufen ohne Steuer und Leine, nur durch Zunut ihres Führers geleitet, schwere Arbeit. Die Bahnstrecke wird von bulgarischen Landwirtenleuten bewacht und jedes kleine Bahnwächterhaus gleicht einer unheimlichen Festung, mit Drahtverhau und Schießscharten, ist in den Boden ge gruben. Die Leute sind auf solch einem verlorenen Posten immitten wüster Gebirgsmaßen nicht zu beneiden. „Viel Steine gab's und wenig Brot.“

Vorbei ging's an Rish, den sichtbaren Minaretts Westübers bis Großsto, und noch immer Berge, waldlosenhangen, unbewohnt, schier endständig in ihrer Wahrnehmung. An 9. war bereits die Gefahrenzone erreicht, dann eine Toile am privaten Bahnhofgebäude verhindert dem Freitrag. „Bei Alteigebäum fort auszuharren, Dachung nehmen.“ Sonst das übliche Gruppenbild, nur innerhinter buntes, hübsche Magazine, Lazarette, Unterkunftsräume, ein und ausfahrende Autos, Offizierscafetorien, Bulgaren, Deutsche, Deiternde, gefangene Russen, Serben, Rumänen, Italiener, Franzosen, Albaner, dazu die einheimische Bevölkerung, eine kann durchmischer gewöhnliche Gesellschaft, weil, im Bilde festhalten zu werden ob der Eigentart ihrer Ercheinungen.

Am dominierenden Abend ging's mit dem Schnellzug nach dem 2½ Stundenfahrtunternehmen weiter, sofortige Ankunft nach D. war auch enden, und nach 1½ Stunden Fahrt fiel der letzte Teil einer Sehenswürdigkeit Reise, ab Königberg gerichtet.

Die folgenden 11 Tage brachten herrliches Sommerwetter, da plötzlich endigte die Witterung um. Ein feines Klingen und Sonnen in den Lüften, das bald zum Heute und Brauen überging. Da hatte mich der unfreundliche, unachtsame Frühling, dem ich aus Ost preußisch mit Wärme und Not entzündet war, wieder gehabt. Er töte hier noch milder und müselt die Zahne, läden durchmischer, wie ich es lebte im jungen Winter 1915/16 vor Dunaburg nicht erlebt habe. Am ersten Tag wurden 10. am zweiten 80 und in der folgenden Nacht 100 Centimeter Schneehöhe gemessen, Blöde Eule wobte 2 Meter. So etwas hatte Morzoden noch nicht gesehen. Das, wie also der vielgepreistene „Sudan“.

Man führe ich hier in Main-Mare, fern der Heimat. Nach hier ist das Leben interessant und abwechslungsreich, wie es ja auch im Bremerland ist? Freilich, militärischen Streitkämpfen mäßt d.

1917 abermals eine wesentliche Aufwertung der Tenuenzugaben mit rückwirkender Kraft beschlossen worden. Am 8. Januar 1918 hätten dann die Lehrer und Beamten einen ihrer Forderungen gestellt, und zwar wollten sie eine sofortige einmalige Zulage und eine Erhöhung der laufenden vom 1. April ab nach den Säben von Mainz und Darmstadt. Aber Anteile lagen zur Belebung der erforderlichen Unterlagen und zur Erhöhung der finanziellen Wirkung zunächst längere Zeit bei der Verwaltung. Der Oberbürgermeister hatte dann eine entsprechende Vorlage eingebracht, nach der eine einmalige Zulage für Beamte und Lehrer 300 Pr. für Verkehrsleute und 150 Pr. für Verträge vereinbart werden sollte. Der Rechts- und Finanzausschuß war damals sofort der Ansicht, daß auch die städtischen Arbeiten in die Vorlage einbezogen werden müssen und hatte einen entsprechenden Beschluss gefaßt. Aber er war auch der Ansicht, daß man die Rendierung der laufenden Zulagen bald vornehmen möge, um die Steuerzahler nicht zweimal zu beanspruchen. Anwälten hatten jedoch die Lehrer und Beamten ihre Forderungen dahin geändert, daß sie zunächst nur die sofortige Gewährung einer einmaligen Zulage wünschten. Dem Ratsausschuß war der Rechts- und Finanzausschuß bereit, Rendition zu treuen; es wurde also beschlossen, sofort eine einmalige Zulage an alle Arbeiter und Angestellten zu gewähren, wie auch auf die Familien der zum Dienstleistenden Eingesetzten auszudehnen, die Regelung der laufenden Zulagen aber so lange aufzuschieben, bis Eisenach, Darmstadt, Mainz, Worms und Gießen sich geeinigt hätten, um so zu verhindern, daß die einzelnen Städte fortwährend gegeneinander ausgespielt werden. Mit Rücksicht darauf, daß die Gewährung der einmaligen Zulagen in Höhe von 300 bzw. 150 Pr. eine Belastung der Stadt in Höhe von über 12 Millionen Mark gebracht hätte, ist schließlich folgende Vorlage Zustande getommen: Es erhalten eine einmalige sofort auszahlbare Tenuenzugabe für Verkehrsleute von 150, für Verträge von 90 Pr. die Arbeiter, Bureauaufsichter, Sandarbeiter und Hochbeamten sowie Beamte und Angestellte, deren Gehaltsumfang mit einem Höchstgehalt von nicht über 3000 Mark endet; 200 bzw. 120 Pr. besetzten Beamte und Angestellte, deren Höchstgehalt über 3000 Pr., aber nicht mehr 6000 Pr. verfügt, die Angestellten und Geschäftsführer für die mittlere Beamtenaufsicht, die Haushalte, Lehrer und Lehrerinnen sowie die Schulverwaltung und Schulbeamten; 200 bzw. 150 Pr. erhalten Beamte, deren Gehaltsumfang noch 6000 Pr. beträgt. Die nicht vorbeidringenden Arbeiter und Büro- und Geschäftsführer erhalten eine Zulage, die halbjährig. Die Größe der Zulage vor Gruppe I. je nach der Durchdringung möglichst auf 1000 Pr. erhöht. Bei den Familien der zur Zeit der Tenuenzugaben werden die Kinderzulagen wie bisher weiter aufrecht erhalten. Beamte, Lehrer und Arbeitnehmer sind lautend vom 1. Oktober 1917 an die Räthe der Tenuenzugaben, ihre Gruppen. Für die Arbeiterschaften der Eisenacher

dieses sein kann. Wahr wird hier nicht mit Bajonet und Handgranate gekämpft, doch ist der Dienst anstrengend und anstrengend. Vom frühen Morgen bis in die späte Nacht an die Schreibmaschine gebunden, geruhsame Körper und Geist. Bleibt einem des Krieges ernste Seite, der Kampf, auch espielt, so bringen die täglich sich wiederholenden Kriegerberichte eine fruchtlose Rote in dieses Leben und damit erhöht sich auch die Gefahrenlosigkeit.

Zeitweilig hört beim Schuh von der Front her die Stille, dann gibt's aber auch wieder Stunden zu jeder Tageszeit, wo der ehrne Mund der Gedanke spricht, ein vielfaches Echo in den Bergen wahr wird.

Hain-Maire, ehemals ein türkischer Friedhof, liegt in einem an geschräg 7 Kilometer breiten und 1½ Kilometer langen Nebental des Bardar und der Struma, mit urzeitlichen Eichenbeständen, unter denen die Unterkunfts- und Bureauräume, die Telephonzentralen, Bahnhofs liegen. Große Arabenhäuser haben ihre Bruststufen in den alten Kronen, aber auch unsere heimischen Sänger tummeln sich tüchtig in Baum und Busch.

Am Tage nach dem großen Schneefall gleich der Hain eines Schlagfelds. Die alten Bäume hatten durch Bruch viel Schaden genommen. Reste bis 1½ Meter Durchmesser brachen unter der ungemeinen Last des tiefen Schnees. Zweige, Telegraphenstangen und Drähte lagen wirr durcheinander auf Boden. Es war eine ungeheure Arbeit, bevor die wichtigsten militärischen Verbindungen im Bereich der Armee hergestellt waren. Bei eindringendem Tauwetter nahmen London ganze Telegraphenfelder mit in die Tiefen.

Um die Hütte des Tals ist mit Maulbeerbaum bepflanzt, die zartellos nach allen Seiten ausgerichtet in Reihe und Reihe stehen. Diese Pflanzungen sind auch das einzige Zeichen kultureller Arbeit hier unten. (Die Blätter werden für die Nahrung des Schildkrüppel gebraucht.)

Bei Besuch im nahegelegenen Turtendorf ist lohnend. Wenn die Schritte vom Hain steigt der Aufweg teil an, nach einem Mann einen prächtigen Rundblick gewährend. Teilsweise steilend und sprunghaft mit nach 1½ Stunden Marsch am Ziel. Am Ausgang des Tales kommen wir an einem Trupp türkischer Einwohner vorbei, die unter der Leitung von Bulgarern beim Bau einer Straße beschäftigt werden. Die Männer in zufriedenster stolcher Ruhe mit untergehängten Beinen auf dem Boden hockend, Steine zu Schotter füllend, die ganze Kraft bringend. Bulgaren das best in den Buch herbeischleppen. Ein warmender Sonne über diesen, hinter Turban hantierend mit der

wurden außerdem die Lohnfortzahlungen je nach der Kinderzahl auf 75 bis 100 Proz. erhöht. — Die finanzielle Wirkung dieser Beschlüsse wird eine Mehrebelastung von rund 300 000 Mtl. bringen. Der Rechts- und Finanzausschuss war aber der Ansicht, daß die Stadt die Verpflichtung habe, diese Mehrausgabe auf sich zu nehmen, um als soziale Verwaltung die Not ihrer Arbeiter und Angestellten nach Kräften zu lindern; die Bevölkerung werde das sicher verstehen. — Nach längerer Debatte wurde die Vorlage einstimmig angenommen. Damit sind die Forderungen unserer Kollegen leider nicht voll in Erfüllung gegangen. Aufgabe aller Organisierter ist es nun, für verstüttigung unseres Verbandes Sorge zu tragen.

Aus unserer Bewegung

Darmstadt. Am 23. Februar reichte die hiesige Filiale für die Zeughausarbeiter des Gaswerks den Antrag auf Einführung der Achtstundensicht ein und verlangte von 15. März Anfang, da die Arbeiter auf keinen Fall mehr die bisherige menschenunwürdige Arbeitsweise fortsetzen wollten. War doch auch die 12stündige Beschäftidität noch da, eine Sicht, die bei den gegenwärtigen Ernährungsverhältnissen direkt als Raubbau an der Gesundheit bedroht werden muß. Im Betrieb waren 8 Seiten zu je 9 Reihen. Ziebenmal in der Sicht wurde dargereicht, also in 12 Stunden 8 mal 3 gleich 21 mal 7 gleich 168 Reihen geleert und gefüllt, und zwar bestand die Ladung aus 270 bis 300 Kilogramm pro Rechte, obigen zum Teil von Hand geladen werden muß. Es ist vorgeschommen, daß die Arbeiter von abends 7 bis morgens 3 Uhr ununterbrochen gearbeitet haben. Tropfen tot die Gasverkehrsleitung ihr Möglidies, die Achtstundensicht zu hinterziehen. Sie ließ die Arbeiter antreten und fragte sie einzeln wie im gesamten, ob sie die Achtstundensicht wollten. Aber die Arbeiter blieben fest, und so hat denn die Stadtverwaltung nach einem Augenblick durch Überordnete die Einführung der Achtstundensicht beschlossen. Ab 1. April soll sie eingeführt werden.

Fürstenwalde. Zu der Stadtverordnetenversammlung am 6. März stellte die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion den Erneuerungsantrag, den städtischen Arbeitern weitere 10 Proz. Mehrauszahlung zulage zu gewähren. Der Antrag wurde angenommen. Daraufhin erhielten die Beschäftigten pro Tag 1 Ml. ja. rae.

Bonau. Am Laufe des Dezember hat die bayerische Staatsregierung ihren Beamten und Arbeitern eine einmalige Teuerungszulage von 60 Ml. für Verbraukte und 30 Ml. für jedes Kind bewilligt. Den Städten hat sie empfohlen, ein gleiches zu tun, worauf auch die hiesigen Kollegen dem Bürgermeisteramt einen

Kopf gejohrgungen, einen breiten, knallroten Gürtel über den Leib befestigt. In ihrer Zerlumptheit bieten sie in den grellen Farben ihrer Bekleidung ein miserables Bild, das bei Betrachtung der harndurchsuchten, braunen, zum Teil von weißen Bärten umrahmten Gesichter noch verstärkt wird.

Der bulgarische Kavallerieposten begrüßt uns am Eingang des Dorfes mit einem freundlichen: „Dobär den Germanski“. Auch hier im Dorf V. unregelmäßig im Gelände zerstreut, notdürftig gedekste Häuser, ungeworfen Steinhaufen gleichend. In der ungepfostenen, krummen und schiefen „Hauptstraße“ herrscht reges Leben. Unter viel Geschrei treiben Türken und Bulgaren hochbequeme Tragtiere vorbei zur Front. Tief verschleierte Frauen huschen über die Straße. Auf der Sonnenseite der Straße an den häusern entlang, hockend und stehend, saufen sich Jung und Alt, die unentbehrliche Zigarette oder kleine türkische Pfeife zwischen blendend weißen Zahnen. Die primitiven Verhältnisse der Baker usw. wirken ob der geradezu vorunterschätzlichen Badearrichtung, die gleich im Laden (?) zu sehen ist, verblüffend. Doch hinein ins Café. Die Teste des polnischen Judentums sind hier gegen dies Café. In einer ehecker großen Tasche wird der braune Trakt, stark gelüftet, von Ahmed, einem tadellos deutsch sprechenden Türklingling, kreuzen. Mir mundet das Zeug nicht. — Hinzu aus dieser Atmosphäre. Vor dem Nebenladen bleiben wir stehen. Ein Koch bratet auf offener Straße allelei fadre Gerichte, wahrhaft biblische Kochtopfe benutzend. Auf Platten goldgelbe, schon braungebackene Maisstücken bannen die Blicke der Jugend. In der Planne, noch in der Zubereitung begriffen, aus Hobnien, Zwiebeln, Paprika, Mais, Del ein undefinierbares Etwas, zieht die Augen der Alten auf sich. 2 Ltr oder 1,60 Ml. mußt Du davon annehmen, um in den Genuss dieser öd durchtränkten, paprika-farbenen Bohnenmasse zu gelangen. Am nächsten Stand läuft und läuft Milch, kleine in Del gebildete Kuchen, welche viel gekauft werden. Das Betreten der türkischen Häuser ist verboten — weil „Haram“, sie sind feinlich an einem an der Tür gehängten bunten Tepich. Die schnell eintretende Dunkelheit zwangt uns zur Hünche. . .

Großartige Farbenbilder zaubern die auf und untergehende Sonne auf die dicht an den hain herantretenden Berge. Jart rota eingehaucht liegen am Morgen die schnebedeckten Gipfel des Visotska Gata (Dreiländerecke: Bulgarien, Griechenland, Serbien) und des Molarova, blau schwarz die tieferen Partien, dazwischen wahllos verstreut auf halber Höhe grüne Busche, winzige gelbe und braune Oberflächen, weiss Glanz dazwischen leuchtend. Stimmungsbilder

diesbezüglichen Wunsch ausdrücken. Am 18. Januar hat die Stadtverordnetenversammlung diese Zulage für die Arbeiter beschlossen, aber erst am 1. März nachdem Beamte und Lehrer längst ausgezahlt waren, haben auch die Arbeiter dieselbe erhalten. Eine weitere Einigung um Lohnherhöhung schwelt noch, ebenso haben die Gasarbeiter Lohnanträge eingereicht. Wie kleinlich sich die Stadtverwaltung von Landau benimmt und wie ihr die königliche Regierung des Balz dabei assistiert, werden wir demnächst darlegen. Am Gaswerk selbst herrschen traurige Verhältnisse. Die gesamte Entlohnung nebst allen Zulagen beträgt für 12ständige Schicht täglich 5,70 Ml. Im Bade Raum sind schon den ganzen Winter über zerbrochene Fensterscheiben, so daß es darin einzollt ist; dabei kommen die Arbeiter durchdringt und nässen in den Raum. In den Außenräumen regnet es herein, es ist auch nicht heizbar, auch ist keine Kochgelegenheit vorhanden im Gaswerk!. Mitten und Mäuse freuen den Arbeitern das Brotbrot, trotzdem es möglichst frei aufgehängt ist. Die Leute müssen sich zum Essen im Dienstausfall, wo ihnen Ruhe und Staub aufs Essen fällt. Dieses Eldorado hat die Gewerbeinspektion bis jetzt nicht entdeckt, sie scheint hier und da nicht gut zu seien. Allerdings tragen auch die Gasarbeiter einen Teil der Schuld, denn erst in jüngster Zeit haben sie den Weg zur Organisation gefunden. Sollte im Gaswerk keine Hilfe geschaffen werden, werden dem Stadtverordnetenkollegium entsprechende Anträge unterbreitet werden müssen. Bürgermeister in diesen örtlichen Zuständen ist Herr Dr. Vogel, Baurätscher Geh. Hofrat Maiba, der zwar nicht arbeitsfeindlich sein will, aber merkwürdigweise herrschen unter seinem Regime die mißlichsten Verhältnisse. Eisener hat er auf den Magistrat, wenn es Arbeiterwünsche durchzusetzen gilt, so gut wie keinen Einfluß.

Mainz. Am 24. März fand im „Goldenen Pilug“ eine öffentliche Versammlung statt. Stadtvo. Seel sprach über: „Die Zukunft in der nächsten Zeit für die deutsche Arbeiteridee“. Der Redner wies auf die Streitungen der Arbeiter hin, die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. An seinen weiteren Ausführungen betonte der Redner, daß die Arbeiter sich in allererster Linie ihrer Organisation anzuschließen mühten. Stadtvo. Zech sprach über: „Das Zeitungswesen“ und forderte alle Anwesenden auf, dafür zu sorgen, daß in jedem Arbeitersfamilie auch die „Volkszeitung“ gehalten wird. — In jedem Arbeitersfamilie wurde für ihre Ausführungen reicher Beifall gespendet. In der Diskussion wurde darauf getadelt, daß die Bürgermeisterei den Arbeitersiedlungen auf ihre Eingaben keinen Beischluß zulassen läßt. Es wurde hier auf folgende Entschließung einstimmig angenommen: „Die am 24. März 1918 im „Goldenen Pilug“ tagende öffentliche Versammlung aller in den städtischen Betrieben der Stadt Mainz beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen protestiert ganz entschieden gegen

für Mater, die selbst den Laien staunend bewundernd fesseln. Zu arm ist die Sprache, um diese Reize zu beschreiben. Die Farben wechseln je nach der Beleuchtung, verschwinden eigentlich nur in der grellen Mittagsonne und vereinigen sich des Abends bei sinkender Sonne zu wahren Farbensymphonien. Es glüht, glänzt und leuchtet dann auf den Höhen, daß Du vor Bewunderung alles um Dich vergisst.

Hast schlagartig seit die Nacht ein, eine langdauernde Dämmerung gibt es hier unten schon nicht mehr, wie es auch einen Übergang vom Winter zum Frühling und zum Sommer, wie wir ihn kennen und schätzen gelernt haben, nicht gibt. Empfindlich kühl sind die Nächte. Nie sah ich die Sterne prächtiger glänzen und des Mondes Sichel schärfer am Firmament stehen wie hier. Den Stern des Friedens, den ihr in östlicher Richtung schwach schimmernd am Horizont beobachten könnt, konnte ich hier unten, trotz eisigen Zuckens, noch nicht entdecken. Lange wird es noch dauern, bis sein Licht allen Menschen strahlt, alles verklärend mit seinem Schein und alle verglüht.

Und dann noch zum Schluss etwas vom Fliegerbesuch. Das herannahende feindliche Flieger wird hier durch Hornsignal vertündet. Erstens es 3-Mal, dann ist's weiter nicht aufregend. (Für jeden Flieger ein Signal.) Bei 8—10 wird Du schon bedeutend ungemütlicher. Erstens es 16—20 Mal oder so oft, daß Du Dich beim Zählen vergaloppierst, dann ist's Zeit, daß Du die Bude verlässt und den bombenbeschwerden Heidenteller antritt. Überstiegen sie das Sperrgebiet in der Luft, das zur Verschiebung des rückwärtigen Geländes gezogen ist, dann frächen von allen Bergen die versteckten „Mal“ (Luftzugsabwehrkanonen). Ein weißes Schrapnellwölkchen neben dem andern steht dann am azurblauen Himmel, große schwarze Rauchfontänen der Granaten dampfend.immer höher steigen die Todesvögel troh des Hagels von Blei und Eisen, und nach wenigen Minuten fallen knallend, unter ungeheurem Getöse explodierend, die ersten Bomben ins friedliche Tal, Tod und Verderben bringend.

Im Freien bist Du durch die herumchwirrenden, surrenden Eisenstäude sehr gefährdet, aber im Heidenteller ist es mir noch ungemein sicher und anderen auch. Im Freien unter einem großen Baum nehme ich „volle Deckung“.

In mond hellen Nächten verursachen die in der Luft platzenden Geschosse ein Brustfeuerwerk mit Schlagzündung. Die vollig unsichtbare der Flieger, nur hörbar durch ein leises Surren des Motors, wirkt dann unheimlich. Wenig Ruhe gibt's dann in jolchen Zeugen.

die Art und Weise, wie die Stadtverwaltung die Eingaben der städtischen Arbeiter behandelt. Am 18. Dezember 1917 reichten die Arbeiterausküsse im Auftrag der städtischen Arbeiter eine Eingabe auf Erhöhung des Grundlohnes ein, mit dem Ergebnis, zur mündlichen Begründung eine Verhandlung mit den Arbeiterausschüssen stattfinden zu lassen, die Eingabe der Stadtverwaltung zu unterbreiten und gefälligen Bescheid zu ertheilen. Bis heute, also nach Verlauf von 3 Monaten, sind die Antragsteller noch ohne jede Nachricht über das Schicksal der Eingabe. Die Versammelten nehmen daher an, daß die Bürgermeisterei den Stadtverordneten die Eingabe nicht vorgelegt hat. Darin erblicken die Versammelten eine Mißachtung ihrer Stadtbürgerrechte. Sie erachten daher die verehrliche Stadtverordnetenversammlung einen Besluß zu fassen, der dahin geht, daß die Bürgermeisterei verpflichtet ist, alle Eingaben und Anträge der städtischen Arbeiter, welche an die Stadtverordnetenversammlung gerichtet sind, denselben alsbald vorzulegen. — Genuß protestiert die heutige Versammlung gegen die Ablehnung der Anträge und Wünsche, die dahin gehen, daß die Arbeiterausküsse und der Vertreter der gewerkschaftlichen Organisation der städtischen Arbeiter auf ihren Wunsch zur mündlichen Begründung ihrer Eingaben und Anträge gehört werden. Die Versammlung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Stadtverordnetenversammlung diesen realitären Standpunkt der Stadtverwaltung durch einen diesbezüglichen Besluß bestätigt wird. Dies erscheint um so notwendiger, da die hohen und höchsten Staats- und Reichsbehörden die gewerkschaftlichen Organisationen und deren Vertreter als die legitime Interessenvertretung der Arbeiter erachtet haben. Die Leitung der Versammlung wird beauftragt, diese Entlastung der Stadtverordnetenversammlung zu übermitteln, damit die Stadtverordneten über den Unmut der städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen gegen die Stadtverwaltung unterrichtet sind."

Mannheim. Unsere Sitzung hielt am 16. März im „Rodensteiner“ eine gut besuchte Versammlung für alle städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen ab. Ein Antrag auf Lohnerhöhung stand zur Devotion. Referent war Gauleiter A. Bürtner - Straßburg i. E. Er beteuerte, daß seit der letzten Lohnerböhung die Preissteigerungen nicht aufgehört haben. Der Antrag auf Lohnerhöhung sei deshalb berechtigt. Die rückwärts ausgezahlten Gelder sind wieder aufzurufen, indem die Kosten, Wohnungsmiete, Milch, Butter, Kleidungsstücke, Brot usw. weiter in Preise steigen. — In der Diskussion nahm Gauleiter Schmidt das Wort und ergänzte die Ausführungen des Vorredners bezüglich der Finanzen der Stadt Mannheim. Von einem Niederr wurde berichtet, daß bei der Direktion der Fabrik- und Gutsverwaltung bis heute die Auszahlung der ausstehenden Gelder noch nicht voll in Ordnung gebracht ist. Folgende Resolution wurde einhellig angenommen: „Die heute, den 16. März, im „Rodensteiner“ außerordentlich zahlreich versammelten städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen aller Betriebe stellen mit Bedauern fest, daß die Aufwärtsbewegung der Preise noch immer anhält. Wohl ist bei den Preisen einzelne Lebensmittel eine gewisse Stetigkeit eingetreten. Dafür steigen aber die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel, deren Nachfrage sich vom letzten Willen oft nicht umgehen läßt, um so schneller und sprunghaft. Nun verleinen die Versammelten nicht, daß die Stadtverwaltung im letzten Jahre erhebliche Summen für die Herstellung ihrer Beamten und Arbeiter aufgewendet hat. Sie müssen aber leider feststellen, daß die gerammte Herstellung des Einzelnen, abgesehen von der Rücksichtnahme, die schwer zu begreifen ist, nicht mehr wie 40-50 Proz. gegenüber Friedenspreisen beträgt. Damit aber läßt sich keine Teverung überwinden, die das Doppelseitige Dreiecke der Friedenszeit erfordert. Die städtischen Arbeiter und Arbeiterinnen sehen sich deshalb genötigt, erneut an die Stadtverwaltung heranzutreten mit dem Antrag, den Lohn der Arbeiter um 1 M., der Arbeiterinnen um 80 Pf. täglich zu erhöhen, und glauben, um so eher auf eine Berücksichtigung dieser Bitte rechnen zu dürfen, als auch Landtag und Landesregierung ihrer Beamten und Arbeitern eine Verbesserung in ähnlicher Höhe haben zulassen und auch die Zulagen in der Privatindustrie erheblich höher wie die städtische erzielten Lohnerböhung sind. Die Versammlung beauftragt deshalb den Gemeindearbeiterverband, unverzüglich die nötiger Schritte zu tun, um diese Anträge einzurichten.“

Worms a. M. Von unserer Strafenskala ist allgemein bekannt, daß sie mit zu jenen Betrieben gehört, in denen es Arbeiter und Angestellte nicht lange aushalten. Wie die ersten Kriegsbedigten aus dem Heere entlassen wurden, wurde der Versuch gemacht, diese soweit wie möglich auch an der Strafenskala zu beschäftigen; doch mußten sie, wenn sie nicht von selbst gingen, zum größten Teil bald wieder ausscheiden. Seit dieser Zeit wird vorwiegend nur weibliches Personal beschäftigt. Der Lohn ist in Unterhalt der Tenure, wie in den übrigen städtischen Betrieben, nur sehr mäßig, dafür die Behandlung aber schlecht. Es ist ja auf allen Strafenskalen verboten, sich mit dem Wagenführer bzw. der Wagenführerin während der Fahrt zu unterhalten. Im Interesse der Sicherheit des Verkehrs ist dies auch erforderlich. Doch ist es oft recht schwer für die Wagenführertinnen, wenn immer wieder Fragen von den Fahrgästen an sie gerichtet werden, keine Antwort zu geben. In Worms ist den Wagenführertinnen jetzt auch

das Lachen verboten. Wer lacht, erhält, wenn der gestrengste Oberkontrollleur oder einer der Hilfskontrollleure es sieht, das extrem 1 M. und im Widerbolzungsfall eine höhere Strafe. Mag es Strafenbild noch so sehr zum Lachen reizen, die Wagenführerin darf keine Meinung verzeihen, sonst steht es Strafe. Es sind unfähige betont, wo Angestellte, die schon längere Zeit im Dienst sind, in 14 Tagen für Lappalai 5 M. und mehr Strafe erhalten haben. Man gewinnt den Eindruck, als wenn der neue Oberkontrollleur Herr Wedländer, es darauf anlegt, die Angestellten, die schon längere Zeit fahren, außer Stellung zu bringen. Soll er doch verhindertlich geäußert haben, ich bin kein Beispiel — so bish' mein Vorgänger — und lasse mich nicht kaufen. Wenn diese Worte einen Sinn haben, ist es nur der, daß die Angestellten Herrn Beispiel geäußert haben. So war es aber nicht. Herr Beispiel hat nämlich den Angestellten auf Wunsch Urlaub gegeben, denselben aber wieder gemeldet, so daß sie trotz des Urlaubs ihren vollen Lohn erhielten. Am Sonntag forderte er dann den Lohn für die Urlaubstage zurück mit dem Bemerkten, er habe den Urlaub nicht gemeldet und müßten den Lohn wieder ins Rathaus tragen. Was können nun die Angestellten dafür, wenn der Oberkontrollleur nicht ehrlich ist? Sollten sie den Oberkontrollleur kontrollieren? Besonders schief ist aber der Hilfskontrollleur Hegerl. Man erzählt allgemein, daß er in einem Monat 70 M. — in Werten siebzig Mark — Ordnungsstrafe eingebraucht hat. Aber er ist auch ein Mann der Tat. Erfolgt er erst fürsichtige eine verbale Wagenführerin auf dem Markt und anderen wurden bereits Schläge angedroht. Die Ausdrücke, die er sich den weiblichen Angestellten, meist Kriegerfrauen und Kriegerinnen, gegenüber erlaubt, haben wir vielleicht in einem Verfahren gesucht. Ein langjährig preislich empfundener Missstand wird jetzt unter der Leitung des Herrn Oberkontrollieurs Wedländer bald beseitigt sein, nämlich daß auch die weiblichen Angestellten immer mit einer beständigen Ehrenbezeugung ihren Vorgesetzten entgegentreten. Da den Anstrengungen begegnet, den Herrn Oberkontrollieur militärisch zu grüßen. Wir verstehen natürlich den Widerwillen der Angestellten gegen diese Anordnung nicht. Ein besseres Mittel, Unfällen im öffentlichen Verkehr vorzubeugen, gibt es ja nicht, als wenn das Personal den ganzen Tag darauf achtet, ob auch der Oberkontrolleur freundlich ist, um ihn mit der Hand an der Mütze zu grüßen. Läßt sich diese außerordentliche Feindseligkeit nicht auch auf das Publikum ausdehnen? Mit Strafen ist dies leider nicht zu erzielen, vielleicht aber dadurch, daß man die Widerspenstigen vom Verkehr ausdrücklich Eherne Ehe gäbt. — Den männlichen Arbeitern und Angestellten können wir auch hier nur raten, sich ihre Organisation anzuschließen, damit solche Missstände beseitigt werden.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände. Am 25. und 26. März fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die an erster Stelle den Reichs- und Räthenbericht der Generalkommission entgegennahm. Der gedruckt vorliegende Bericht stellt eine erträumte Steigerung der gewerkschaftlichen Mitgliederzahlen von 1 006 251 Ende 1916 auf 1 14 Millionen Mitglieder am Jahresende 1917 fest, wozu sich erzählt, daß trotz der Kriegsnot eine Unzahl neuer Kräfte für die gewerkschaftliche Bewegung gewonnen wurden. Nach dem Haushaltbericht betrugen die Jahreseinnahmen der Generalkommission pro 1917 413 941 M., d. J. Jahreseinnahmen 527 974,09 M. Der Nettoertrag von 114 069,25 Mark wurde aus dem Vermögen der Generalkommission gedeckt, das von 228 217,28 M. auf 224 145 M. zurückgegangen ist. Auf weiteren Einzelheiten des Geschäfts- und Haushaltberichts geben wir in einem besondern Artikel ein. Der Bericht wurde von Legionen in mühsamen Plauschungen ergänzt, die sich auf Verbandslungen mit dem Reichswirtschaftsamt über die Bildung und gewerkschaftliche Fortsetzung betreffs Arbeiterschule und Arbeiterschulförderung in der Friedensverträgen, auf die Organisation der Überzeugungsbewegung und die Vertretung der Gewerkschaften in derselben, auf den Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform und auf das Errichten von Angestellten der Generalkommission um eine übermalige Tenureszulage erstreckten. Obgleich das Reichswirtschaftsamt geringe Neigung zeigte, die Friedensverträge mit sozialpolitischen Forderungen zu verbinden, hat sich doch der Reichstag fast einstimmig für die Aufnahme solcher Abmachungen in die Friedensverträge ausgesprochen. Dem Beitritt zur Gesellschaft für soziale Reform stimmte die Konferenz zu. Von einer Erholungswahl zur Generalkommission für den verstorbenen Genossen E. Döbelin wurde Abstand genommen. Die Berücksichtigung einer Tenureszulage wurde mit Ausdruck darauf, daß die vorjährige Gehälterregelung noch nicht ein volles Jahr besteht, bis zur nächsten Vorstandskonferenz zurückgestellt.

Sodann beschäftigte sich die Konferenz mit einer Einsicht, die gesetzliche Regelung der Arbeitslebensversicherung und Arbeitsermittlung über welche Umbrüche das einstehende Recht erfasst. Die Generalkommission hat einen vorbereitenden Ausschuß eingesetzt, der für die gesetzliche Regelung eine Reihe von Leistungen nebst Begründung vorgearbeitet hat. Der Ausschuß hat sich für eine Eingangsverjährungszeit gegen Arbeitslosigkeit erklart, um in die Ar-

volksversicherung entschieden. Der Versicherungszwang soll sich auf alle Arbeitnehmer und Angestellten bis 5000 Ml. Jahreseinkommen erstrecken; die Beiträge sollen je zur Hälfte von Versicherten und deren Arbeitgebern aufgebracht werden. Das Reich zahlt den Arbeitlosenversicherung ein Drittel ihrer jährlichen Unterstützungsausgaben hinzu. Für die Beitragserhebung soll ein Zuschlag zu den Invalidenversicherungsbeiträgen festgesetzt und die Ausgabe neuer Marken und Münzen auf die der Invalidenversicherung nicht unterliegenden Angestellten mit über 2000 Ml. Jahreseinkommen vorgenommen werden. Die Versicherungsanstalten haben den für die Arbeitslosenförderung zu erhebenden Beitragsanteil an die Arbeitslosenfassen abzuführen, von denen je eine Rasse für jeden Bezirk einer Versicherungsanstalt errichtet wird. Die Arbeitslosenfürstalten errichten in allen größeren Gemeinden Verwaltungsstellen, denen die Auszahlung der Unterstützung und die Regelung des Verkehrs mit den Arbeitslosenvereinen und Berufsgemeinschaften obliegt. Die Berufsgemeinschaften mit Arbeitslosenunterstützung sollen möglichst in das Verwaltungsnetz der Arbeitslosenunterstützung eingefügt werden, die Auszahlung der Unterstützung und die Kontrolle der Arbeitslosen übernehmen und vom Reich ebenso ein Drittel ihrer eigenen Unterstützungsausgaben zurückgestattet erhalten. Die Reichsarbeitslosenunterstützung soll nach Lohnstufen abgestuft werden, aber mindestens die Hälfte des ortsüblichen Tagelohns betragen und längstens bis zur Dauer von 20 Wochen gezahlt werden. Unterstützung wird nicht gewährt bei Arbeitslosigkeit infolge Streik oder Aussperrung sowie bei Erwerbsunfähigkeit infolge Krankheit, Unfall oder Zwangsläufigkeit. Die Unterstützung kommt in Betriff, wenn dem Arbeitslosen eine seiner Kräfte und Fähigkeiten sowie seiner bisherigen beruflichen Tätigkeit entsprechende Beschäftigung nachgewiesen wird. Doch kann es eine durch Streik oder Aussperrung freigewordene Stelle ablehnen, ebenso eine jolde, die den bestehenden Tarifvereinbarungen widerspricht. Die Leitsätze über Arbeitsvermittlung entsprechen denen der Gewerkschaftsgruppen vom März 1915, denen damals auch der Reichstag zugestimmt hat. Einige Übergangsbestimmungen sollen schließlich bis zum Inkrafttreten der geplanten Regelung dieser Materien die Erwerbslosenhilfe und die Arbeitsvermittlung während der Übergangszeit sicherstellen.

Der Referent befürchtet sich eingehend mit der Frage, ob das vorgeschlagene System der Zwangsversicherung mit den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse vereinbar sei. Er wies nach, daß von dem Strittgarter Kongressbesluß (1902), der die staatliche Förderung der gewerkschaftlichen Selbstversicherung verlangte, bis zum Münchener Kongressbesluß (1914), in dem eine öffentlich-rechtliche, allgemeine, obligatorische Versicherung gefordert wird, eine Modifizierung in der Richtung zur Zwangsversicherung erkennbar sei, in der das Centralsystem in die Rolle einer Übergangsseinrichtung zurücktritt. Nach dem Krieg könne ein solcher Übergang angebracht werden, während die Arbeitslosenleistungsfähigkeit und der Verantwortlichkeit des Reiches für diese nicht mehr in Frage kommen. Auch dürfe man den Gewerkschaften nicht die Kosten für diese Arbeitslosenhilfe aufzubürden, sondern es bedürfe der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge. Deshalb sei die Zwangsversicherung vorzuziehen. Die Konferenz stimmt den Verteilern und der Begründung mit einigen wenigen redaktionellen Änderungen zu. Die Eingabe soll mit den übrigen Gewerkschaftszentralen zum Zwecke gemeinsamer Einreichung an die gegebenen Körperschaften veranlaßt werden. Die Verteiler des Arbeiterinnensekretariats, Fräulein Hanna, erfuhr die Wünsche, für die Ausbildung von Funktionärinnen für den weiblichen Fürsorgedienst geeignete weibliche Mitglieder in Vorschlag zu bringen.

Am weiteren beschäftigte sich die Konferenz mit der Organisation der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten. Nach einleitenden Darlegungen legten sowohl nach Mitteilungen des Generalbaumeisters über die Entwicklung des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, seine Bestrebungen und seine bevorstehenden Bundeitag in Weimar, wurde das für und Wider einer Stellungnahme zu diesen Organisationsbestrebungen lebhaft erörtert und schließlich folgende Erklärung gegen 2 Stimmen angenommen:

„Die Konferenz sieht keinen Anlaß, zu dem Bunde der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer in besitzt und erneut oder ablehnend eine Stellung zu nehmen. Gegen die Förderung des Bundes durch Gewerkschaftszentralen besteht keine Bedenken. Eine Verschärfung in dieser Hinsicht kann jedoch niemand auferlegt werden. Die Entfernung einer Vertretung zu dem einberufenen Bundeitag wird der Generalausschiff anheimgestellt.“

Die Vertretung der Gewerkschaften an der vom Reichsausschiff der Kriegsbeschädigtenfürsorge in Austritt genommene Sammlung für die Kriegsbeschädigten war Gegenstand langer Diskussionen. Die Sammlung bezweckt, die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten zu der auf das alternotwendige beschränkte gesetzliche Rentenversorgung hinaus zu erweitern und auch in Fällen, in denen die einfache Fürsorge versagt wird, einzutreten. Die ersten Mittel dieser Art wurden in Unternehmenskreisen in Höhe von 30 Millionen Mark ausgetragen. Der Reichsausschiff wandte sich gegen solche besonderen Sammlungen, weil die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten einheitlich geregelt werden müsse. Die Industriellen übergaben darauf den Fonds an den General von Endendorff der ihn dem Reichsausschiff abtrug. Anschließend der unerwarteten Kriegsopfer

muß jedoch auf weitere Mittel gerechnet werden. Es sollen nunmehr Sammlungen in allen Kreisen der Bevölkerung, auch unter der Arbeiter- und Angestelltenschaft, für die Erhöhung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eingeleitet werden. Nach diesen Darlegungen wurde die Bechlußfassung auf der Konferenz ausgeführt, um den Gewerkschaftsvorständen Gelegenheit zu eingehtender Information und Stellungnahme zu geben. Die Abstimmung soll schriftlich geschehen. Die Statistische Kommission hat einige Änderungen der Gewerkschaftsstatistik in bezug auf die Trennung der Gewerkschaftsausgaben nach männlichen und weiblichen Mitgliedern und hinsichtlich der Vornahme einheitlicher Erhebungen über Arbeitsdauer und Löhne in Fristen von 5 bzw. 10 Jahren vorgeschlagen, denen die Konferenz zustimmt.

Beim letzten Verhandlungspunkt „Verschiedenes“ wurde auf die von der Gesellschaft für soziale Reform für den 14. April 1918 anberaumte sozialpolitische Kundgebung in Berlin hingewiesen und um eine möglichst starke Beteiligung der Gewerkschaften auch außerhalb Berlins ersucht. Zur Sammlung und Bearbeitung der kriegswirtschaftlichen Erfahrungen hat das Reich eine wissenschaftliche Kommission unter Leitung des Staatssekretärs a. D. Dr. Delbrück eingesetzt. Die Kommission wünscht auch die kriegswirtschaftlichen Erachtungen der Gewerkschaften in ihre Untersuchungen einzubeziehen und ersucht um Einsendung von Berichten über solche. Die Berichterstattung wird den einzelnen Gewerkschaftsvorständen nahegelegt.

Der Volksbund für Freiheit und Vaterland sucht für sein jähriges Bureau einen Sekretär. Geeignete Meldungen aus Gewerkschaftskreisen werden als besonders erwünscht bezeichnet.

Zum Schluß fand eine Aussprache über die Demobilisierung der Kriegsteilnehmer und die Arbeit der Gewerkschaften in Bayern statt, bei welcher auch die Grundzüge der Demobilisierung in Preußen berührt wurden.

Rundschau

Schein und Wirklichkeit. Das alteine Geschwätz über die hohen Löhne der Arbeiter erfährt eine treffliche Bekleidung durch eine Aufstellung, die ein Bergarbeiter über die noch vor zwei Jahren üblichen Preise für Familienbedarfssachen angestellt hat, füngt auf genauem Umfrage in den Geschäften und bei Verbrauchern. Die „Bergarbeiter-Zeitung“ gibt daraus folgende Vergleichszahlen:

Es wurden bezahlt im Frühjahr:

| | 1916 | 1917 | 1818 |
|-------------------------|--------|--------|--------|
| für Arbeitsschuh . . . | 15 Ml. | 23 Ml. | 60 Ml. |
| für Sonntagschuh . . . | 18 " | 30 " | 65 " |
| für Arbeitsanzug . . . | 15 " | 30 " | 50 " |
| für Sonntagsanzug . . . | 80 " | 120 " | 250 " |

Die Preise sind also im letzten Jahr am gewaltigsten gestiegen worden. Für unentbehrliche Bedarfssachen müssen heute mindestens 300 Prozent mehr gezahlt werden als vor dem Krieg. Ein anderer Arbeiter, der im Januar 1918 heiratete, hat nach seiner Angabe folgende Preise in einem Möbelgeschäft zahlen müssen:

| | Preis vor dem Kriege: |
|------------------------------|------------------------------|
| für ein einfaches Bett . . . | 1150 Ml. 200,- bis 250,- Ml. |
| für einen Kochherd . . . | 500 " 75,- bis 120,- " |
| für einen Stuhl . . . | 25 " 250 bis 450 " |
| für ein Kleinentisch . . . | 125 " 6,- bis 10,- " |

Selbst Kartoffeln haben heutzutage einen dreifach höheren Preis als in Friedenszeiten, von den Kartoffeln ganz zu schweigen, die im Sackhandel zu zehnfach höheren Preisen als in Friedenszeiten erworben werden. Mit vollem Rechte haben auch die christlichen Gewerkschaften jüngst in der bürgerlichen Presse erklärt: „Es kommt bei Beurteilung der Lohnhöhe doch zunächst auf die Kaufkraft des Geldes an. Und da muß berücksichtigt werden, daß die Preise für die rationierten Lebensmittel im Durchschnitt um 120 Prozent gestiegen sind; daß Arbeitsanzüge und Wäsche um 700 Prozent, Schuhe und Kleider um 200 bis 300 Prozent teurer wurden. In ähnlichem Bilde reihen sich die Preise für die übrigen Bedürfnisse des Arbeiterhaushalts, soweit sie überhaupt zu haben sind. Das dürfte beweisen, daß die Löhne im Verhältnis zu ihrer Kaufkraft nicht gewachsen sind. Den schaffenden Unternehmer mißgönnt die Arbeiterchaft keineswegs einen ordentlichen Vermögenszuwachs. Als allzu hoch bezeichnet die Arbeiterchaft aber die mübellosen Wohnungen vieler Arbeiterfamilien.“ Wo sind aber die um 100 bis 700 Prozent gestiegenen Löhne? „In allgemeinen sind die Löhne nicht über 50 Prozent gestiegen.“ erklären die der „Oberei“ ganz unverdächtigen christlichen Gewerkschaften Kölns. Die Lebenslage der Arbeiterklasse muß sich also trotz den „enormen“ Löhnen sehr verschlechtert haben. Ausnahmen ändern daran nichts. Richtig ist, daß die Soldaten der Reserve, auch der kleine Mittelstand, die Tenur noch weniger angelebt haben können als die Industriearbeiter. Wenn die Organisationen, die auch in der Kriegszeit wenigstens eingeräumt einen Ausgleich schaffen können,

Kortfahrt der Reichswohlfahrtsreform. Die Reformfähigkeit des Reichs auf dem Gebiete des Wohnungswesens ist neuwendig in vermehrtem Maße in Ansatz gekommen. Nachdem das Reich

im Kriege durch die Schubgesetze für Hausbesitzer, Mieter und Hypothekengläubiger bereits steht in die Verhältnisse des Wohnungswesens eingegriffen und neuerdings durch den Bützowzler v. Bauer auch die Bereitwilligkeit zu einer geordneten finanziellen Bewilligung zur Unterhaltung der Bauträger erklärt hat, ist es jetzt im Begriffe, einen weiteren wichtigen Fortschritt zu vollziehen. Angesichts der immer wichtiger und umfassender werdenden Aufgaben des Reichs im Wohnungswesen ist vor allem eine Ausgestaltung der einschlägigen Verwaltungsorganisation zur Bewältigung dieser großen Aufgaben erforderlich. Diese soll jetzt dadurch in die Wege geleitet werden, daß die bisherige Abteilung für Wohnungswesen im Reichswirtschaftsamt erweitert und ausgebaut wird, insbesondere durch Schaffung der Stelle eines Vertretenden Rates für das Wohnungswesen. Damit würde das Reichswirtschaftsamt einen weitgehend eingeschränkten der Bedeutung der Sozialen entsprechenden Ausbau auf dem Gebiete erhalten. Der Haupthaushalt des Reichstages hat diese neue Stelle bereits bewilligt; es darf wohl mit Sicherheit angenommen werden, daß die Volksversammlung sich der Bewilligung anschließen wird. Von allen Freunden unseres Wohnungswesens wird dieser Fortschritt jedenfalls auf das dringendste verlangt, und seine Verwirklichung wird von ihnen aus das Wärmeste betrügt werden, da tatsächlich der bisherige Zustand die unabdingbare Förderung des Wohnungswesens durch das Reich ausbliebt.

Es ist noch alles zu haben . . . Ein von einem Berliner Ausflug beinahe lebutter Holländer erzählte im "Kleine Niederländische Kurant", wie er in Berlin gesehen hat. Seine Ausführungen sind als Zeichen dafür, wie in Deutschland die bestehenden die Entbehrungen des Krieges übersteht, von allgemeinem Interesse. Es heißt da: "Mit Ausnahme von Schokolade und Rübenzeug kann man in Berlin noch sehr häufig die Warenzettel bekommen. In den großen Hotels, wie „Goliath“, „Adlon“, „Kaiserhof“, besteht man ein Essen zu bereiten, kostet nicht in Friedenszeiten. Die feinsten Delikatessen dienen als Hauptgerichte. Man bekommt herrliche Garnelenberipette, frischen Lachs, auch andere See- und Flussfrüchte, sowie frisches und Gefrorenes, auf eine Weise zubereitet, als wäre kleineres Manual an Teller und Tisch. Bei einem gewissen Stoß müßte man mich darum aufmerksam machen, daß ich den ersten aus Ausland importierten Fisch, nämlich Stör, vorgetragen habe. Auch an Wein ist kein Mangel. Man könnte eigentlich sagen, daß für Geld und gute Worte noch alles zu haben ist. In Privathäusern trank ich noch edles Kaffee und Tee, und ein Essen, an dem wirklich nichts fehlte. Ich hatte Gelegenheit, geradezu königliche Privatläden der amerikanischen Kolonie zu treffen. Zu meiner Veränderung gingen die Amerikaner in Berlin die großmächtigste Arbeit. Sie waren mit ihrer Bekleidung sehr gutaussehend und vertraten ausdrücklich überzeugendes Geld, um in ihrem gewohnten Lande mehrerezen zu können." — Ja, wenn man in der Welt keine Stützpunkte vorhanden gäbe ist . . . Man hätte den Holländern allerdings an andere Erde führen können!

Neuer Samariterverein für Groß-Berlin. Vom "Arbeiter Samariter-Bund" geht uns folgende Nachricht aus: Die jetzt die fünf Jahren lebende Kolonne Groß-Berlin des "Arbeiter-Samariter-Bundes" hat den Wiederaufbau mit der Prämierung der Teilnehmer und Betreuerkameraden abgeschlossen. Der prahlende Alzi, Herr Dr. Moes, konnte allen 72 Brüderlingen das Zeugnis ausstellen, manche als Vollkämpfer 26 bis 30 Jahre der Kolonne, insbesondere aber für die Arbeitskolonne und die Allgemeinheit tätig zu sein, wo irgendwoher bedeckte Zitate dagegen liegen. Die Prämierung der Teilnehmer und Betreuerkameraden erfolgte am 20. Februar 1918, der Tag der Gründung der Kolonne 26. moest, den Martinus durchzogenen. Der Bund unserer Kasse ist ebenfalls bekannt. Sie wollen allen Arbeitern und Arbeitern ihren Gelegenheit bieten, ihr Leben auf dem Gebiete der Bekämpfung der Gesundheitsbedingungen und Versorgungen zu verbringen. An einer Zeit, wo leider so viele Leben und Gesundheit opfern müssen, haben die Brüderlichkeit die Spitze, die Spize des Edelstiftes der Industrie auf das geprägte Wohl zu bedürftigen Menschen und Verletzten zu verkehren. Wer will, wer will, wie je zu leben. So ein Idealpunkt, so ist es Pflicht eines jeden Menschen, beständig einzuhalten, bisweilen ist es schwierig werden kann. Aber soviel ist sicher, daß jedes Opfer nicht umsonst entrichtet. Der Samariter hat ein Gedächtnis, welche Nachtheile vom Gesunden zu fordern, dazu ist aber ein genügendes an Tatenkenntnis erforderlich, um die Leider nach möglichst geringer Leidkosten und Belastung zu unterlaufen und den Beutisten oder Erkrankten vor weitere Schäden zu schützen. Der am 8. März, abends 8½ Uhr, in Charlottenburg gestorbenen 26. Körnergruppe 2, bestirrende Martinus bietet Gelegenheit, die Brüderlichkeit der ersten Kameraden zu erneuern und in den Gründungen der Menschen und Gesundheitspraktiken unterzuhilfen zu helfen. Wer bestrebt ist, an dem Martinus teilzunehmen, sollte sich im benannten Lokal einfinden. Der Unterricht beginnt mit der Belehrung vom Bau des menschlichen Körpers, dem im Laufe des Martinus weitere Vorlesungen über alle Arten von Verletzungen und Verwandlungen folgen. Wenn weiterer Abschnitt wende man sich an den Samariter-Kontor 2, Charlottenburg NW 23, Hauptstraße 25. Hier geht's weiter.

Zusage: Zur Benutzung des Zeitungsbüros bei Gemeinde- und Staatsarbeiter 60 Pfennige. Bei außerordentlichen Bedürfnissen 1 Mark 25 Pfennige. Preis: Berlin W. 47. Wintersemester 1917/18. Zustell: Vorortische Beförderung und Versandkosten Paul Zinger & Co., Berlin SW 68. Lindenstr. 3.

Briefkasten

Sur gesl. Beachtung! Nr. 17 der „Gewerkschaft“ erscheint wieder wie alljährlich in besonderer Ausstattung als Agitationssummer. Sie dient gleichzeitig dem Gedächtnis von Karl Marx, dessen 100jähriger Geburtstag am 5. Mai 1918 gefeiert wird.

Soweit Mehrbestellungen dieser achtseitigen Mai- und Agitationssummer von den Aktionen für die Kollegen ins Feld sowie zur Werbearbeit unter den unorganisierten benötigt werden, muß die Bestellung bis spätestens 20. April in Händen der Expedition sein. Nachbestellungen können aldann keine Berücksichtigung mehr finden.

Eingegangene Schriften und Bücher

Kosmos, Handwörter für Naturfreunde. Jahrgang 1917, Heft 10—12 und 1918, Heft 1 und 2. Herausgegeben vom „Kosmos“, Gesellschaft der Naturfreunde (Geschäftsstelle: Frankfurter Verlagsanstalt, Stuttgart). Jährlich 12 Hefte mit 4—5 Buchbeiträgen. Halbjahrespreis 3,60 M.

Einheits-Stenographie (Stolze Schreib). Methodisches Lehrbuch zum Selbstunterricht von M. Detjen, Lehrer der Stenographie Verlag v. Schwarz u. Comp., Berlin C. 14, Dresdener Str. 40. Preis: 1,35 M. — Wohl wenige Seiten sind im Leben von so hohem Augen, wie die Verbreitung der Stenographie. Ein guter Stenograph findet leicht eine Anstellung. Das vorliegende Buch ist vorzugsweise zum Selbstunterricht für Vorwärtsstrebende bestimmt.

Die Sozialistischen Monatshefte, redigiert von Dr. A. Bloch (Geschäftsstelle: Berlin B. 35, Post-damer Str. 121b), haben soeben das 8. Heft ihres 21. Jahrgangs erscheinen lassen. Aus seinem Inhalt heben wir hervor: 25 Jahre Bund der Landwirte und Agrararbeiter, von Max Schippel. Unterschiede und angelsächsischer Machtwuchs, von Dr. Ludwig Tuchel, Mitglied des Reichstags. — Eine Ausgabe für den direkten Verkauf zwischen Verbrauchern und Erzeugern, von Carl Zoll. — Das Großstadtproblem, von Paul Umbreit. — Vom Geist des Orients, von Elisabeth Stern. — Sozialpolitische Friedensforderungen, von Dr. Max Quandt, Mitglied des Reichstags. — Von der Zukunft des deutschen Sozialismus, von Dr. Conrad Schmidt. — Mommßen und Sobel, von Dr. Alfred Neller. — Baumwollausfuhrungen, von Dora Bepler. — Der östliche Baumwollbau von Hermann Stanhoff. — Der Zoll-Jörster, von Paul Kampffmeyer. — Dichterow, und anderes mehr.

Der Preis des Heftes beträgt 60 Pf., der eines Vierteljahrabonnements 3,60 M. Zu bezahlen durch jede Buchhandlung, in den Kiosken und Bahnhöfen, bei allen Postbeamten, durch jede Postanstalt, sowie direkt durch den Verlag der „Sozialistischen Monatshefte“, Berlin B. 35. Man verlange vom Verlag ein Heft zur Ansicht.

Totenliste des Verbandes.

Helmut Hornhöft, Wismar
Gärtner
† 31. 3. 1918, 46 Jahre alt.

Jacob Heinz, Hamburg
Schielen
† 20. 3. 1918, 49 Jahre alt.

Ch. Kruse, Hamburg
Strafenreinigung
† 5. 3. 1918, 56 Jahre alt.

H. Schröder, Eukenwärder
Fägeree
† 18. 3. 1918, 67 Jahre alt.



Opfer des Weltkrieges:

Paul Behr, Henkölle
am 22. März 1918 im Alter von 38 Jahren gefallen.

Joh. Beinhäfer, Nürnberg
am 25. Mai 1918 im Alter von 29 Jahren gefallen.

Heinz Bohm, Wilhelmsburg
am 21. Februar 1918 im Alter von 41 Jahren gefallen.

Heinrich Janssen, Hamburg
am 24. Oktober 1917 im Alter von 32 Jahren gefallen.

Volkmar Meyer, Berlin
am 29. März 1918 im Alter von 14 Jahren gefallen.

Emil Wendt, Lichtenberg
am 30. März 1918 im Alter von 33 Jahren gefallen.

Ehre ihrem Andenken!